**Sozialhilferichtlinien (SHR)
des Bayerischen Städtetages,
des Bayerischen Landkreistages und
des Verbandes der bayerischen Bezirke**

Änderungen zum 01.07.2007

Beschlüsse des Redaktionsausschusses vom 01.03.2007 und 05.04.2007

2.01

(1) – (3) ...

(4) ¹Duldet die Beseitigung der Notlage keinen Aufschub (wegen der Möglichkeit, Vorschüsse von anderen Sozialleistungsträgern zu erhalten, vgl. jedoch § 42 Abs. 1 SGB I) und erhält die NP keine Leistung eines anderen oder ist es der NP nicht zumutbar - insbesondere aus persönlichen, rechtlichen oder familiären Gründen - die Ansprüche gegen andere selbst durchzusetzen, so ist Sozialhilfe zu gewähren (vgl. § 2 Abs. 1 Alternative 2, beachte ~~Art. 41 Abs. 2 BayJKHG~~ **Art. 53 Abs. 2 AGSG**). ²In diesem Fall hat der SHTr die Rechte aus den §§ 93 bis 95 oder aus anderen Gesetzen (z.B. §§ 48 bis 50 SGB I, §§ 102 ff. SGB X, § 292 LAG). ³Auf § 114 wird hingewiesen.

2.02

(1) – (2) ...

(3) Wegen der Abgrenzung der Leistungen der Jugendhilfe wird auf § 10 Abs. 2 ~~4 SGB VIII und, Art. 53 BayJKHG~~ **64 AGSG** hingewiesen.

(4) ...

10.01

(1) ¹Im Vordergrund der Hilfsmaßnahmen steht die persönliche Hilfe, zu der u. a. die Beratung gehört (vgl. § 14 SGB I). ²**Dazu gehört auch der Hinweis in Einstellungs-, Ablehnungs- und Rücknahmebescheiden auf mögliche Leistungen nach dem WoGG und die Antragsfrist nach § 27 Abs. 4 WoGG.**

(2) ...

10.02

(1) Geldleistungen sind auch Darlehen. Die Gewährung von Darlehen ist nur in folgenden Fällen zulässig:

- HLU in Sonderfällen (§ 34),
- ergänzende Darlehen nach § 37,
- Hilfen in vorübergehenden Notlagen (§ 38),
- Hilfe für Auszubildende in Härtefällen (§ 22 Abs. 1 Satz 2),
- Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges (§ 8 Abs. 2 VO zu § 60),
- in Fällen des § 91,
- Hilfen in sonstigen Lebenslagen (§ 73),
- in besonderen Fällen, in denen einer Härte i. S. v. § 90 Abs. 3 Satz 1 durch ein Darlehen unter Sicherung durch das vorhandene Vermögen begegnet werden kann,
- ~~Mietkautionen, Genossenschaftsanteile und Ähnliches~~ (§ 29 Abs. 1 Satz ~~67~~),
- im Gesetz nicht konkret umschriebenen Leistungen (§§ 9 und 15),

- sonstige Hilfe für Ausländerinnen und Ausländer (§ 23),
- Hilfe zur Verbesserung der Wohnsituation von Menschen mit Behinderung und alten Menschen.

(2) – (3) ...

18.02

¹Wurden die kreisangehörigen Gemeinden nach Art. 12 Abs. 1 AGSGB83 Abs. 1 AGSG zur Mitwirkung vom Landkreis verpflichtet oder erhielten sie nach Art. 14 Abs. 1 AGSGB85 Abs. 1 AGSG Kenntnis, so gelten sie mit ihren rechtlich nicht selbstständigen sozialen Einrichtungen (z.B. Krankenhaus, Alten- und Pflegeheim) insoweit auch als beauftragte Stellen i. S. des § 18. ²Dies gilt im gleichen Umfang bei einer Mitwirkung der örtlichen Träger im Verhältnis zum überörtlichen Träger (Art. 13 Abs. 184 Abs. 1, Art. 1485 Abs. 2 AGSGBAGSG).

21.01

¹Bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit ist der Grundsicherungsträger nach dem SGB II bis zur Entscheidung der gemeinsamen Einigungsstelle nach § 45 SGB II vorleistungspflichtig (§ 44 a a Satz 3 Abs. 1 SGB II). ²Vorschussleistungen des SHTr. sind nicht möglich.

22.01

Anwendungsbereich des § 22

(1) Die Regelung kommt nur zum Tragen, wenn der Auszubildende ~~und seine Angehörigen im Sinne des § 7 Abs. 3 SGB II~~ nicht zum Personenkreis der Leistungsberechtigten des SGB II gehört.

(2) ...

28.02

Inhalt der Regelsätze

(1) ¹Im Einzelnen umfassen die Regelsätze folgende Bedarfe:

Nahrung, Getränke, Tabakwaren	36,95 %
Bekleidung, Schuhe	9,94 %
Verbrauchsenergie (z. B. Strom, Gas), Instandhaltung der Wohnung	7,49 %
Möbel, Apparate, Haushaltsgeräte und deren Instandhaltung	7,15 %
Gesundheitspflege (z. B. Zuzahlungen nach § 61 SGB V, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel gem. § 34 SGB V, Sehhilfen gem. § 33 Abs. 1 SGB V, Instandsetzungskosten von Hörgeräten und Versorgung mit Hörgerätebatterien, Eigenanteile an den Kosten einer kieferorthopädischen Behandlung, Fahrtkosten, insbesondere bei ambulanten Behandlungen)	3,68 %
Verkehr (z. B. Fahrtkosten, Fahrrad)	4,48 %
Telefon-, Fax-, Internet-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	8,78 %
Freizeit, Kultur, wie z. B.: Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Ausleihgebühren, Schreibwaren, Zeichenmaterial, Computer einschließlich Software, Spielzeug, Aufwendungen für Hobby, Freizeit-, Sport- und Kulturveranstaltungen	11,39 %

Beherbungs- und Gaststättenleistungen	2,37 %
sonstige Waren und Dienstleistungen, wie z. B.: Kosten für Friseurbesuche, Körperpflege sowie elektrische Geräte, Artikel und Erzeugnisse für die Körperpflege; Bankgebühren	7,77 %

²Mit den Regelsätzen sind auch abgegolten die Aufwendungen für religiöse oder andere Anlässe (z. B. Weihnachtsbedarf, Geburtstagsgeschenke, Hochzeits-, Kommunion-, Konfirmations- und Trauerbekleidung).

(2) So weit eine betragsmäßige Aussage über Einzelpositionen des Bedarfskatalogs nicht möglich ist (z. B. Wert von Kost oder Logis), kann in geeigneten Fällen als prozentualer Vergleichsmaßstab die **Sachbezugsverordnung Sozialversicherungsentgeltverordnung – SvEV*** herangezogen werden.

[Hinweis für Verlag: Die in Anhang 28 abgedruckte Sachbezugsverordnung ist durch die neue Verordnung zu ersetzen!]

28.05
Haushaltsvorstand, Haushaltsangehörige

(1) ...

~~(2) ¹Beteiligen sich mehrere Personen (z. B. in Wohngemeinschaften) an den Lasten und Generalunkosten, so ist die Differenz zwischen dem Regelsatz eines HV und dem eines Haushaltsangehörigen ab Beginn des 14. Lebensjahres nach der Höhe der Beteiligung unter diesen Personen aufzuteilen. ²Trägt eine Person die Lasten und Generalunkosten des Haushalts nicht allein und lässt sich auch ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis nicht feststellen, so ist jeder Person der entsprechende Anteil der Differenz zwischen diesen Regelsätzen zu bewilligen.~~

(3 2) ¹Leben Ehegatten oder Lebenspartner tatsächlich zusammen, beträgt der Regelsatz jeweils 90 v. H. des Eckregelsatzes (§ 3 Abs. 3 RSV). ²Ansonsten erhalten alle Alle in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden LP, die das 14. Lebensjahr vollendet haben und die nicht selbst HV nach Abs. 1 oder Abs. 2 sind, ~~erhalten~~ den altersentsprechenden Regelsatz für Haushaltangehörige. ²³Entsprechendes gilt auch dann, wenn nur ein Mitglied der Haushaltsgemeinschaft HLU erhält, es sei denn, seine Wirtschaftsführung ist von der des übrigen Haushalts getrennt.

~~(2 3) ¹Beteiligen sich mehrere Personen (z. B. in Wohngemeinschaften) an den Lasten und Generalunkosten, so ist die Differenz zwischen dem Regelsatz eines HV und dem eines Haushaltsangehörigen ab Beginn des 14. Lebensjahres nach der Höhe der Beteiligung unter diesen Personen aufzuteilen. ²Trägt eine Person die Lasten und Generalunkosten des Haushalts nicht allein und lässt sich auch ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis nicht feststellen, so ist jeder Person der entsprechende Anteil der Differenz zwischen diesen Regelsätzen zu bewilligen.~~

28.06
(1) – (3) ...

(4) ¹Befindet sich die LP vorübergehend über den Eintrittsmonat hinaus in einer Anstalt, einem Heim oder in einer gleichartigen Einrichtung, bzw. dauert der Erholungskur- oder Kuraufenthalt über den nächst folgenden Monatsersten hinaus an, so sind ab diesem Zeitpunkt im Rahmen der HLU nur die unabwendbaren Ausgaben (z. B. Miete, Grundgebühren für Gas, Heizung und Strom) sowie der Barbetrag zur

persönlichen Verfügung als Bedarf anzuerkennen. ²Bei Entlassung aus der Anstalt, dem Heim oder der gleichartigen Einrichtung oder bei Beendigung der Erholungskur- oder Kurmaßnahme wird die notwendige Hilfe ab dem Tag der Beendigung der Maßnahmen gewährt. ³Die sachliche Zuständigkeit nach § 97 Abs. 4 und Art. 41 Abs. 2 AGSGB **82 Abs. 2 AGSG** ist zu beachten.

29.02

Wohnungsbeschaffungskosten/Mietkaution/Umzugskosten

(1) ¹Bei vorheriger Zustimmung des SHTr können Mietkaution, Genossenschaftsanteile, **Umzugskosten** und in Ausnahmefällen notwendige Wohnungsbeschaffungskosten (z. B. Maklerkosten) übernommen werden (§ 29 Abs. 1 Satz 7). ~~²Mietkaution und Genossenschaftsanteile können auch als Darlehen gewährt werden, weil diese Aufwendungen wirtschaftlich nicht verloren gehen und die LP unter bestimmten Voraussetzungen einen Rückzahlungsanspruch hat (OVG Lüneburg, Beschl. v. 08.01.2003, Az.: 12 PA 785/02).~~ **Mietkautionen sollen als Darlehen erbracht werden (§ 29 Abs. 1 Satz 7 Halbsatz 2)** ³**Die frühere Rechtsprechung (OVG Lüneburg, Beschl. v. 08.01.2003, Az.: 12 PA 785/02) ist auf die neue Gesetzeslage anwendbar, so dass auch Genossenschaftsanteile als Darlehen erbracht werden sollen.** ⁴Die Höhe der Kaution darf nicht mehr als das Dreifache der Grundmiete (= Monatsmiete ohne die vereinbarte Nebenkostenvorauszahlung) betragen (vgl. § 551 BGB). ⁴Die Provison darf das Zweifache der Grundmiete zuzüglich Mehrwertsteuer nicht übersteigen (vgl. § 3 WoVermittG).

(2) ...

30.02

Gemeinsame Bestimmungen für Mehrbedarf wegen Alter und Mehrbedarf wegen voller Erwerbsminderung

(1) Personen, deren **Bescheid vom Zentrum Bayern Familie und Soziales – Versorgungsamt – bzw. deren** Schwerbehindertenausweis anstelle des Merkzeichens "G" das Merkzeichen "aG" **enthält feststellt**, erfüllen insoweit ebenfalls die Voraussetzungen für die Gewährung des Mehrbedarfs wegen Alters bzw. voller Erwerbsminderung entsprechend der Regelung des § 30 Abs. 1 Satz 1.

(2) ¹Billigt das **Versorgungsamt Zentrum Bayern Familie und Soziales – Versorgungsamt** –die Merkzeichen "G" oder "aG" erst nach Hilfebeginn rückwirkend zu, ist der Mehrbedarf für die Vergangenheit ab dem vom Versorgungsamt festgestellten Zeitpunkt zu gewähren. ²Voraussetzung ist jedoch, dass dem SHTr die Antragstellung beim Versorgungsamt bekannt war.

32.03

(1) ...

(2) ¹Die Krankenversicherung kann sowohl bei einer gesetzlichen Krankenkasse (insbesondere nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V) als auch bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen bestehen. ²Für Leistungsberechtigte nach dem LAG übernimmt die vom Bundesausgleichsamt beauftragte AOK Sachsen-Anhalt die Krankenversicherung (§ 276 LAG). ³Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte können ihre Krankenkasse nach näherer Maßgabe der §§ 173 ff. SGB V wählen (zur Pflegekasse vgl. § 48 SGB XI). ⁴§ 106 SGB VI (Beitragszuschuss für freiwillig krankenversicherte Rentner) ist zu beachten (~~zur Pflegeversicherung vgl. § 106a SGB VI~~).

34.01

(1) ...

(2) ¹Für ~~den Personenkreis des SGB II~~ **erwerbsfähige Hilfebedürftige** sind die Regelungen der §§ 22, 23 SGB II vorrangig. ²**Für erwerbsfähige Personen, die nicht hilfebedürftig nach § 9 Abs. 2 SGB II sind, können Leistungen gewährt werden (§ 21 Satz 2).**

(3) – (4) ...

34.05

¹Bei Insassen von Justizvollzugsanstalten **oder forensischen Abteilungen in Bezirkskrankenhäusern haben nach § 7 Abs. 4 SGB II keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.** ²Bei kurzfristigem Freiheitsentzug bis max. sechs Monate kann grundsätzlich eine Mietwohnung beibehalten werden, wenn für die **Beibehaltung der Wohnung triftige Gründe sprechen.** ~~ist regelmäßig von deren Erwerbsfähigkeit i. S. d. SGB II auszugehen.~~ ²~~Für diese Personen sind die Kosten für die Beibehaltung einer Mietwohnung deshalb im Rahmen des SGB II zu prüfen.~~ ³In sonstigen Fällen wird auf § 38 verwiesen.

35.01

(1) ¹Der Barbetrag zur persönlichen Verfügung kommt bei allen Hilfen in Betracht, die in Form der Unterbringung in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen, auch wenn sie nur vorübergehend ist, gewährt werden. ²Ein Anspruch auf Gewährung eines Barbetrages besteht **in Höhe von 10 v.H. des Regelsatzes (vgl. LSG Niedersachsen, Beschl. v. 07.03.2006, ZFSH/SGB 2006, 346)** weiterhin für Personen, die sich im Rahmen der einstweiligen Unterbringung nach § 126a StPO in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt befinden, sowie für Untersuchungsgefangene. ³Keine Einrichtungen i. S. d. § 13 Abs. 2 sind Einrichtungen des Strafvollzugs einschließlich forensischer Abteilungen in den Bezirkskrankenhäusern. ⁴Bei Krankenhaus-, Kur- oder Erholungskuraufenthalten wird der Barbetrag nicht gewährt, sofern eine Kürzung oder Einstellung laufender Hilfe unterbleibt. ⁵**Im Übrigen vergl. Anhang IX.**

(2) – (3) ...

35.03

¹Für Personen in Einrichtungen der Altenhilfe, die keine Hilfe zur Pflege erhalten, ist der Teil der Heimkosten, der den Betrag nach § 35 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 42 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII übersteigt, als Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII zu gewähren. ~~²Dies gilt entsprechend für den Personenkreis in Einrichtungen für Leistungsberechtigte nach § 67.~~ ²**Gleiches gilt für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, die sich in einer Einrichtung befinden, dort aber keine Hilfe nach § 67 erhalten.**

Zu § 37

Ergänzende Darlehen

¹§ 37 lässt die Möglichkeit einer darlehensweisen Hilfestellung nur in sehr engem Rahmen zu. ²Es muss sich um einen unabweisbar gebotenen Bedarf handeln, der nicht auf andere Weise abgedeckt werden kann. ³Ein Darlehen kommt deshalb nicht in Betracht, wenn der Leistungsberechtigte ~~auf sein Schonvermögen oder auf andere Angebote verwiesen oder sein Bedarf hinausgeschoben werden kann.~~

38.02

¹Eine Leistung ist von kurzer Dauer, wenn sie i. d. R. bis zu sechs Monaten zu gewähren ist. ~~²Bei kurzfristigem Freiheitsentzug bis max. sechs Monate kann grundsätzlich eine Mietwohnung beibehalten werden, wenn für die Beibehaltung der Wohnung triftige Gründe sprechen.~~

41.03

(1) ~~¹Solange noch nicht geklärt ist, ob eine Person die Voraussetzungen des § 41 Abs. 1 Nr. 2 erfüllt voll erwerbsgemindert ist, ist davon auszugehen, dass diese Person leistungsberechtigt i.S.d. § 7 Abs. 1 Nr. 2, § 8 SGB II ist. ²Danach stellt die Agentur für Arbeit bzw. der nach SGB II zuständige Träger fest, ob der Arbeitsuchende erwerbsfähig und hilfebedürftig ist (§ 44 a SGB II). ³Ist dies strittig, entscheidet die Einigungsstelle. ⁴Bis zur Entscheidung der Einigungsstelle nach § 45 SGB II werden Leistungen nach dem SGB II erbracht. ⁵In den Fällen, in denen sich durch die Entscheidung der gemeinsamen Einigungsstelle (§ 45 SGB II) herausstellt, dass der Leistungsempfänger nicht erwerbsfähig war und die SGB II-Träger daher die Leistungen zu Unrecht erbracht haben, haben diese einen Erstattungsanspruch gegen den Sozialhilfeträger (§ 44a Abs. 2 Satz 1 SGB II). ⁶Dieser Erstattungsanspruch besteht ab dem Tag des Widerspruchs gegen die Feststellung der Agentur für Arbeit (§ 44a Abs. 2 Satz 2 SGB II).~~

(2) ...

41.04

(1) ...

(2) ¹Durch die Neuordnung des Wohngeldgesetzes sind auch Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach §§ 41 ff. ab dem 01.01.05 grundsätzlich vom Bezug des Wohngeldes ausgeschlossen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 WoGG). ²In Einzelfällen kann es für Antragsteller daher günstiger sein, zuerst einen Antrag auf Wohngeld zu stellen, wenn die Grundsicherungsleistung unter dem Betrag eines evtl. Wohngeldes liegt. ³Der Ausschluss vom Wohngeld erstreckt sich nicht auf Personen, denen die Grundsicherungsleistungen ausschließlich darlehensweise oder als erweiterte Hilfe gewährt werden (§ 1 Abs. 2 Satz 4 WoGG, vgl. Nr. 29.01 Abs. 14). ⁴Im Rahmen der Beratungspflicht nach § 11 sind Ratsuchende auf diese Rechtslage hinzuweisen.

41.05

(1) ...

(2) ¹Bei Strafgefangenen ist der Bedarf des eigentlich Grundsicherungsberechtigten durch die Leistungen der JVA vollständig gedeckt, so dass Leistungen nicht erforderlich sind. ~~²Auch bei Untersuchungshäftlingen ist davon auszugehen, dass der Lebensunterhalt in der JVA durch die Leistungen der Haftanstalt gedeckt ist (zum Barbetrag s. Nr. 35.01 Abs. 1).~~ ²Zum Anspruch bei Untersuchungshäftlingen siehe Nr. 35.01 Abs. 1. ³Besteht bei Untersuchungshäftlingen ein ungedeckter Bedarf, so ist hierfür grundsätzlich ein Barbetrag i. H. v. 10 v.H. des Regelsatzes anzunehmen (vgl. LSG Niedersachsen, Beschl. v. 07.03.2006, ZFSH/SGB 2006, 346).

(3) – (4) ...

41.07

¹Abweichend von § 18 Abs. 1 ist die Grundsicherung nicht vom Bekanntwerden der Notlage abhängig, sondern erfordert einen eigenen Antrag. ²Besondere Formvorschriften für diesen Antrag bestehen nicht. ³Dieser Antrag kann auch wirksam bei den kreisangehörigen Gemeinden eines Landkreises gestellt werden (§ 16 SGB I, Art. 12 Abs. 1 AGSGB **83 Abs. 1 AGSG**).

42.01

(1) ...

~~(2) ¹Bei Ehepaaren, eheähnlichen Gemeinschaften oder Lebenspartnerschaften zwischen einem Empfänger nach SGB II und einem solchen nach dem 4. Kapitel des SGB XII bestehen keine Bedenken, in der Berechnung beider Personen jeweils einen Mischregelsatz von 90 % des Eckregelsatzes zuzubilligen (§ 28 Abs. 1 S. 2). ²Dadurch werden all zu große Differenzen durch unterschiedliche Regelsätze nach § 20 Abs. 3 SGB II bzw. § 28 vermieden.~~

~~(3-2) Für Heimbewohner ist der Regelsatz eines Haushaltsangehörigen maßgebend, weil diese Personen in der Einrichtung keine Generalunkosten des Haushaltes zu tragen haben. ²Es wird dabei der Regelsatz zugrunde gelegt, der in dem Bereich gilt, in dem sich die Einrichtung befindet.~~

42.04

¹Hinsichtlich ergänzender Darlehen nach § 42 Satz 2 vgl. Nr. 37.01. ²Eine Aufrechnung nach § 37 ist dabei auch bei der Grundsicherung möglich.

44.01

(1) ¹Trotz der Bewilligung auf bestimmte Zeit, in der Regel zwölf Monate, handelt es sich bei der Grundsicherung nicht um eine rentengleiche Dauerleistung. ²Sofern in Einzelfällen absehbar ist, dass sich die Voraussetzungen bzw. die Höhe des Grundsicherungsanspruches ändern (z. B. die vorstehende Regelsatzerhöhung, Rentenerhöhung, ein geplanter Umzug etc.), kann auch ein kürzerer Zeitraum gewählt werden. ³Da es sich bei der Grundsicherungsgewährung um einen Dauerverwaltungsakt handelt, sind Sachverhaltsänderungen nach §§ 45, 48 und 50 SGB X zu korrigieren. ⁴Falsche Angaben des Betroffenen führen unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 3 bis 5 SGB X zur Rücknahme des Bewilligungsbescheides. ⁵~~Spätere Änderungen der Verhältnisse (insbesondere eine Veränderung der Bedarfssituation, z. B. eine Mieterhöhung), sowie eine Änderung der Einkommensverhältnisse führen nur dann zu einer Aufhebung des Bescheides und einer Neubewilligung der Leistungen, wenn die Änderung wesentlich ist.~~ ⁶~~Von einer wesentlichen Änderung ist auszugehen, wenn dies zu einer Änderung des Zahlungsbetrages um mindestens 10 € je Monat führt. **Eine wesentliche Änderung i. S. d. § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X liegt bei jeder Bedarfsänderung vor.**~~

(2) ...

(3) ¹Trotz der Formulierung in § 44 Abs. 1 Satz 2 führen Änderungen, die nicht über einen Monatswechsel andauern, nicht zu einer Absenkung der Grundsicherungsleistung. ²Bei einmaligen Zahlungsverpflichtungen, die einen Bedarf im Sinne des § 42 betreffen (z. B. Nebenkosten – Nachzahlung) kann der grundlegende Bewilligungsbescheid aufgehoben und entsprechend neu für den gesamten Zeitraum verbeschieden werden. ³Alternativ ist es jedoch auch möglich, durch einen ergänzenden Bescheid den einmaligen Bedarf zu regeln, weil es sich hierbei um keine wesentliche Änderung der Verhältnisse handeln dürfte. ⁴**Einmalige Einnahmen (z.B. Steuerrückerstattungen, Leistungsprämien) sind von dem**

Monat an zu berücksichtigen, in dem sie anfallen; sie sind in i.d.R. auf einen angemessenen Zeitraum aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag anzusetzen (§ 8 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 3 Abs. 3 Satz 2 VO zu § 82).
⁵Soweit die Einnahmen dabei anteilig auf den Zuflussmonat anzurechnen sind, führen sie in diesem Monat nicht zu einer Leistungsminderung, da der neue Bewilligungszeitraum in diesen Fällen erst am Ersten des Folgemonats beginnt (§ 44 Abs. 1 Satz 3).

(4) ...

44.02

¹Auf die abweichende Zuständigkeit bei Erbringung von Leistungen der Grundsicherung wird hingewiesen. ²Nach Art. 11 Abs. 1 S. 2 AGSGB 82 Abs. 1 S. 2 AGSG sind die überörtlichen Träger hierfür nur dann zuständig, wenn der Leistungsberechtigte zugleich Hilfen in einer stationären Einrichtung im Sinne des § 13 Abs. 1 S. 2 SGB XII nach anderen Kapiteln des SGB XII erhält. ³Ansonsten ist die sachliche Zuständigkeit der örtlichen Träger der Sozialhilfe gegeben (§ 97 Abs. 1 SGB XII).

45.03

Neben den in § 45 Abs. 1 Satz 3 genannten Sachverhalten kann der SHTr Auch ohne Einschaltung des Rentenversicherungsträgers ~~kann der Sozialhilfeträger~~ in folgenden Fällen vom Vorliegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung ausgehen:

- a) pflegebedürftige Menschen mit Pflegestufe II oder III,
- ~~b) Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen im Arbeitsbereich beschäftigt sind,~~
- e b) behinderte Menschen in Förderstätten und Fördergruppen,
- d c) Menschen, die nach Feststellung des Fachausschusses so schwer behindert sind, dass sie nicht werkstattfähig sind,
- e d) Menschen mit Behinderung, für die nach Vollendung des 27. Lebensjahres wegen ihrer Behinderung weiterhin Kindergeld gewährt wird,
- f e) Personen, die Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Zeit beziehen, wenn die Dauer der Befristung der Rente einen Zeitraum von neun Jahren überschreitet.

45.04

Eine Kostenerstattung **der für die Gutachtenerstellung angefallenen Kosten** zwischen den Trägern der Sozialhilfe nach §§ 106 ff. ist ausgeschlossen.

47.05

~~Wegen drohender Tuberkulose bei Wohngemeinschaft mit einem ansteckungsfähigen Tuberkulosekranken oder wegen drohender erneuter Erkrankung bei Genesenen wird vorbeugende Gesundheitshilfe nach § 47 gewährt.~~

54.02

- (1) ...
- (2) ¹Es können auch gebrauchte Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. ²Bei größeren Hilfsmitteln (Art. 11 Abs. 1 Nr. 5 AGSGB 82 Abs. 1 Nr. 5 AGSG) sollte Eigentumsvorbehalt geltend gemacht werden.

(3) – (4) ...

72.01

(1) Für die Gewährung der Blindenhilfe ist nach § 97 Abs. 2 i.V.m. Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 AGSGB 82 Abs. 1 Nr. 6 AGSG der überörtliche SHTr sachlich zuständig.

(2) – (3) ...

74.01

Verpflichteter i. S. v. § 74

(1) ¹Als Verpflichtete i. S. v. § 74 kommen nur in Betracht

- a) der zum Tragen der Bestattungskosten Verpflichtete nach Abs. 3,
- b) der zur Besorgung der Bestattung Verpflichtete nach Abs. 4,
- e) ~~ein anderer (z. B. Lebensgefährte i. S. § 20, Lebenspartner nach dem LPartG, Nachbar, Heim, Gemeinde).~~

²~~Die~~**Der** unter Buchstabe b) ~~und e)~~ Genannten ~~sind~~**ist** nur dann Verpflichteter i. S. von § 74, wenn ~~sie~~**er** auf Grund einer Zivilrechtsnorm (Werkvertrag mit dem Bestattungsunternehmen) die Bestattungskosten zu bezahlen ~~haben~~**hat** (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 27.3.1992, FEVS 42, 380). ³**Verpflichteter ist nicht schon, wer in Durchführung einer Bestattung Kostenverpflichtungen eingeht, sondern nur, wer der Kostenlast von vorneherein nicht ausweichen kann (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.03.2003, FEVS 54, 490).**

(2) Anspruchsberechtigter und ggf. LP ist nur der Verpflichtete nach Abs. 1. ~~mit Ausnahme der Gemeinde (vgl. Abs. 6).~~

(3) – (4) ...

(5) ¹Ist ein Verpflichteter i. S. von Abs. 1 nicht vorhanden oder kann er nicht ermittelt werden **und hat der Verstorbene bis zu seinem Tode entweder laufende Leistungen der Sozialhilfe nach dem Dritten oder Vierten Kapitel oder nach dem Fünften bis Neunten Kapitel in vollstationären Einrichtungen erhalten, sollen die Bestattungskosten vom zuständigen SHTr übernommen werden.** ²**Falls die Bestattung von einer natürlichen Person veranlasst worden ist, gilt dies nur, wenn ihr die Kostentragung nach § 74 nicht zugemutet werden kann.** ~~sollen die Bestattungskosten vom zuständigen SHTr übernommen werden, wenn der Verstorbene bis zu seinem Tode laufende SH erhalten hat.~~

(6) ...

74.04

Vorrangige Ansprüche

¹Dem Erben kann in jedem Fall zugemutet werden, den Nachlass zur Bestreitung der Bestattungskosten einzusetzen, so weit die sinngemäße Anwendung des § 102 Abs. 3 Nr. 3 dem nicht entgegensteht. ²So weit die Kosten der Bestattung nicht durch den Nachlass gedeckt sind, ist nach §§ 85 bis 90 zu prüfen, inwieweit dem hierzu Verpflichteten das Tragen der Bestattungskosten zuzumuten ist. ³Bei nahen Verwandten ist grundsätzlich das gesamte im Todesmonat übersteigende Einkommen (vgl. HessVGH, Urt. v. 10.2.2004, FEVS 55, 400) und Vermögen für die Bestattung einzusetzen. ⁴**Soweit sich eine Verpflichtung aus dem Unterhaltsrecht ergibt, sind**

bei der Bewertung der Zumutbarkeit die unterhaltsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

82.05

Vom Einkommen abzusetzende Beträge

(1) – (2) ...

(3) ¹Private Altersvorsorgebeiträge zur sog. Riesterrente sind vom Einkommen i. R. des § 82 Abs. 2 Nr. 3 abzusetzen, wenn es sich um einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag handelt. ²In einem zweiten Schritt ist festzustellen, in welcher Höhe die LP tatsächlich Beiträge in den Altersvorsorgevertrag leistet. ³Vom Einkommen der LP kann dann maximal der Mindesteigenbetrag nach § 826 EStG abgesetzt werden. ⁴Mindesteigenbetrag ist der Betrag, der von der LP mindestens aufgebracht werden muss, um die volle staatliche Zulage zu erhalten. ⁵Als Mindesteigenbetrag ist höchstens ~~1%~~ **3 % (ab 01.01.2008 4 %)** des Vorjahresbruttoeinkommens, max. ~~525,00~~ **1.575,00 Euro (ab 01.01.2008 2.100,00 Euro)**, gekürzt um die staatlichen Zulagen, die vom Antragsteller nachzuweisen sind, als Altersvorsorgebeitrag vom Einkommen abzusetzen. ⁶**Die Als Mindesteigenbetrag ist mindestens der Sockelbetrag nach § 86 Abs. 1 Satz 4 EStG zu leisten.** ⁷**Dieser beträgt**

- 90 Euro für Zulagenberechtigte, denen keine Kinderzulage zusteht,
- 75 Euro für Zulagenberechtigte, denen eine Kinderzulage zusteht und
- 60 Euro für Zulagenberechtigte, denen zwei und mehr Kinderzulagen zustehen.

⁸Die Berücksichtigung der Altersvorsorgebeiträge sollte i. d. R. monatlich mit 1/12 des Jahresbeitrages erfolgen.

(4) – (8) ...

82.06

Absetzbetrag für Erwerbstätige

(1) – (2) ...

(3) ¹Für Erwerbstätige ist eine Absetzung in Höhe von 30 v. H. des Nettoerwerbseinkommens aus selbstständiger Tätigkeit und nichtselbstständiger Arbeit anzuerkennen (**höchstens jedoch 50 v. H. des Eckregelsatzes**). ²Maßgebend ist das Erwerbseinkommen nach Absetzung der Beträge nach § 82 Abs. 2 (bereinigtes Erwerbseinkommen).

(4) – (5) ...

82.08

Nicht zu berücksichtigende Einkünfte

Zu den nicht zu berücksichtigenden Einkünften gehören z. B.

- a) die Leistungen nach dem SGB XII (§ 82 Abs. 1),
- b) **der befristete Zuschlag nach § 24 SGB II (§ 82 Abs. 1),**
- b)c) die Grundrente nach dem BVG - § 82 Abs. 1 - (Grundrente des Beschädigten und der Hinterbliebenen), auch die in entsprechender Anwendung des BVG gewährten Grundrenten (z.B. § 80 Soldatenversorgungsgesetz, § 47 Zivildienstgesetz, § 60

- Infektionsschutzgesetz - für Impfschäden -, §§ 1, 10a Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten),
- e)d) Rentenbeiträge in Höhe einer Grundrente nach dem BVG gemäß § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung "Hilfswerk für behinderte Kinder" (Contergan-Kinder),
 - d)e) die Leistungen der Bayer. Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" (vgl. § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" vom 13.7.1984, BGBl. I S. 880),
 - e)f) die in § 292 Abs. 2 und 4 LAG bezeichneten Teile der Kriegsschadenrente (dies gilt jedoch nicht für das Taschengeld, vgl. § 292 Abs. 4 LAG),
 - f)g) vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers - vgl. Nr. 82.03,
 - g)h) die nach §§ 83, 84 unberücksichtigt bleibenden Einkünfte,
 - h)i) Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 (§§ 294 ff. SGB VI),
 - i)j) Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz, dem Bayer. Landeserziehungsgeldgesetz sowie Mutterschaftsleistungen oder Bezüge nach dienstrechtlichen Vorschriften, die dem Mutterschaftsgeld entsprechen, bis zur Höhe der Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz (§ 8 Abs. 1 BErzGG), ferner Arbeitslosengeld, so weit wegen dessen Bezug Bundes- oder Landeserziehungsgeld nicht gewährt wird,
Leistungen nach dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit sowie die nach § 3 BEEG auf das Elterngeld angerechneten Leistungen bis zu einer Höhe von insgesamt 300,00 Euro je Monat und Kind (§ 10 BEEG),

[Hinweis an Verlag: BEEG in das Abkürzungsverzeichnis aufnehmen!]

- j)k) Leistungen nach dem BEG bis zur Höhe der vergleichbaren Grundrente nach dem BVG, andere Entschädigungen zu Gunsten von NS-Opfern, so weit Leistungen für Schaden am Leben sowie an Körper oder Gesundheit gewährt werden,
- k)l) Entschädigungen nach § 9 Abs. 2 BVFG, dem Häftlingshilfegesetz und dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz,
- l)m) Leistungen nach dem Gesetz über die Heimkehrerstiftung (§ 3 Abs. 6 HKStG) i. V. mit Art. 4 des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes vom 21.12.1992 (BGBl. I S. 2094),
- m)n) Ausgleichsleistungen nach § 8 Berufliches Rehabilitationsgesetz - BerRehaG i. d. F. der Bek. v. 1.7.1997, BGBl. I S. 1625 (§ 9 BerRehaG),
- n)o) Leistungen nach HIV-Hilfegesetz (§ 17 Abs. 2 HIVHG),
- o)p) Leistungen nach § 59 Bundesgrenzschutzgesetz 1972,
- p)q) Leistungen nach dem Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Doping-Opfer der DDR (Dopingopfer-Hilfegesetz - DOHG), BGBl. I 2002 S. 3410.
- q)r) Entschädigungen für die unter nationalsozialistischer Herrschaft verrichtete Zwangsarbeit (Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft).

82.10

~~(1) ¹Durch die Regelung nach § 82 Abs. 4 soll vermieden werden, dass die NP oder ihre in § 19 genannten Angehörigen durch den Einrichtungsaufenthalt oder bei teilstationärer Betreuung wirtschaftliche Vorteile haben. ²Wirtschaftliche Vorteile liegen aber z. B. nicht vor, wenn durch den Einrichtungsaufenthalt oder die teilstationäre Betreuung tatsächlich keine Aufwendungen für den Lebensunterhalt (z. B. Mittagessen) eingespart oder die häuslichen Ersparnisse durch besondere Aufwendungen (z. B. für Fahrtkosten oder für die Beschaffung von Bekleidung anlässlich des Aufenthalts in der Einrichtung) aufgebraucht werden. ³Häusliche~~

Ersparnisse müssen in der Person oder den Personen der Bedarfsgemeinschaft, die herangezogen werden soll, durch die Unterbringung tatsächlich entstehen; fiktive Einsparungen genügen nicht.⁴ Häusliche Einsparungen entstehen der LP insbesondere dann nicht, wenn Dritte (z. B. nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehörende Eltern), die weder gesetzlich noch vertraglich dazu verpflichtet sind, erklären, der LP kostenlos das Essen zur Verfügung zu stellen, wenn sie dies nicht in der Einrichtung erhalten würde (BVerwG, Beschl. v. 8.5.1996, FEVS 47, 241).

(2)¹ Entstehen häusliche Ersparnisse, sind diese für die Dauer der tatsächlichen stationären Betreuung in der Regel nach folgenden Maßstäben festzusetzen:

Einkommen i. S. des § 82 (ggf. nach Abzug des Freibetrages aus § 82 Abs. 3) über dem entsprechenden Bedarf der HLU	Häusliche Einsparung in der Regel:
a) bis zu 50 v.H.	bis zu 50 v.H. des RS
b) um mehr als 50 v.H. bis zu 100 v.H.	bis zu 100 v.H. des RS
c) um mehr als 100 v.H.	nach den Umständen des Einzelfalls bis zur Höhe
des	Bedarfs nach dem 3. bzw.
4.	Kapitel

² Als Regelsatz ist derjenige der LP, jedoch höchstens der Regelsatz für einen Familienangehörigen ab Vollendung des 14. Lebensjahres zugrunde zu legen.³ In die Bedarfsberechnung ist die LP einzubeziehen.⁴ Werden die während einer Heimunterbringung anfallenden Kosten der Bekleidung von den in § 19 genannten Personen nicht aufgebracht, erhöhen sich die obigen Beträge der häuslichen Einsparungen grundsätzlich um die Bekleidungskosten.

(3)¹ Der nach Abs. 2 errechnete Betrag kann erhöht oder ermäßigt werden, wenn dies aus besonderen pädagogischen, persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen geboten erscheint.² Bei einem Einrichtungsaufenthalt von Hausfrauen werden z. B. in der Regel nur geringe oder keine häuslichen Ersparnisse festzustellen sein.³ Bei kurzfristigen Aufenthalten (bis zu sechs Wochen) sollte im Allgemeinen vom Ansatz häuslicher Einsparungen abgesehen werden; damit ist dann auch der Anspruch auf den Barbetrag nach § 35 Abs. 2 Satz 1 abgegolten.

(4)¹ Pflege im Sinne des § 82 Abs. 4 Satz 2 ist nicht mit der Hilfe zur Pflege nach §§ 61 ff. gleichzusetzen.² Abzustellen ist auf die vollständige Betreuung in einer Einrichtung, ohne dass ein körperliches oder geistiges Gebrechen vorzuliegen braucht (vgl. BVerwG, Ur. v. 25.11.1982, FEVS 32, 309).

(5) "Voraussichtlich längere Zeit" dauert die Pflege, wenn ihre Beendigung nicht innerhalb von sechs Monaten zu erwarten ist.

(6)¹ Bei der Prüfung, welcher Umfang angemessen ist, sind auch notwendige Ausgaben des HE zu berücksichtigen.² Hierzu rechnen vor allem Aufwendungen für die Aufrechterhaltung einer Unterkunft sowie Unterhaltsleistungen, die nicht den Unterhalt des Empfängers überwiegend sicherstellen.³ So weit der Barbetrag nicht bereits in der gewährten Hilfe enthalten ist, muss dem HE zumindest ein angemessener Barbetrag gemäß § 35 Abs. 2 Satz 1 verbleiben.

83.03

¹Leistungen der Kosten der Erziehung i. S. des § 39 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII (bei Vollzeit- oder Wochenpflege) oder des § 23 Abs. 32 SGB VIII (bei Tagespflege), die den Pflegeeltern oder der Tagespflegeperson vom Personensorgeberechtigten oder auch vom Jugendamt zugewendet werden, stellen zweckbestimmte Leistungen i. S. des § 83 Abs. 1 dar. ²Ihr Einsatz als Einkommen wird deshalb nicht verlangt (OVG Münster, Ur. v. 24.11.1995, FEVS 46, 452). ³Beim Mehrbedarf nach § 30 Abs. 3 werden Pflegekinder deswegen nicht berücksichtigt (vgl. Nr. 30.05 Abs. 1 Satz 5).

88.01

Der Einsatz des Einkommens unter der Einkommensgrenze ist insoweit nicht zu verlangen, als dann HLU **oder Grundsicherung** erforderlich wäre.

88.04

~~¹§ 88 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 kommt in der Regel nicht zur Anwendung, weil die häusliche Ersparnis i. R. der HLU und der Grundsicherung einzusetzen ist. ²Nur wenn die häusliche Ersparnis höher ist als der in der Einrichtung gewährte Lebensunterhalt, kommt die Anwendung dieser Vorschrift überhaupt in Betracht. ³Für die Berechnung einer möglichen häuslichen Ersparnis gilt Nr. 82.10 entsprechend.~~

88.054

...

88.065

(1) – (2) ...

89.01

(1) – (2) ...

(3) ¹Bei voraussichtlich für längere Zeit erforderlicher Heimunterbringung beider Eheleute ist vom Einkommen der jeweiligen LP auszugehen. ²Dies gilt auch, wenn es sich um verschiedene Hilfen handelt und hierfür auch verschiedene Träger zuständig sind. ³Der Aufwendungsersatz bzw. Kostenbeitrag nach § 88 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 ist bei Hilfebedarf beider Eheleute oder Lebenspartner aus dem Einkommen der jeweiligen LP festzusetzen. ⁴Besteht nur für einen Ehegatten oder Lebenspartner ein Hilfebedarf, ist der Selbstzahler mit dem seine Heimkosten (einschließlich Barbetrag) übersteigenden Einkommen zum Kostenbeitrag bzw. Aufwendungsersatz heranzuziehen.

93.04

¹Die Überleitung muss durch den für die Hilfeleistung örtlich und sachlich zuständigen SHTr erfolgen. ²Der kostenerstattungspflichtige SHTr kann keine Ansprüche gegen Drittverpflichtete oder gegen die LP gelten machen. ³Diese Geltendmachung trifft den Hilfe gewährenden SHTr, und zwar auch dann, wenn der kostenerstattungspflichtige SHTr die Kosten in vollem Umfang erstattet. ⁴Bei delegierten Hilfen wird auf Art. 13 AGSGB-XII **84 AGSG** hingewiesen.

93.06

(1) ¹Ein Altersteilvertrag liegt in der Regel vor, wenn er die Gewährung des vollen Unterhaltes mit Wohnrechtsgewährung zum Inhalt hat, wobei dem Übernehmer ein Gut oder Grundstück überlassen wird, kraft dessen Nutzung er sich eine eigene Lebensgrundlage verschaffen und gleichzeitig den dem Altenteiler geschuldeten Unterhalt gewinnen kann. ²Der Wesenszug eines solchen Altenteils liegt in dem Nachrücken der folgenden Generation in eine die Existenz wenigstens teilweise,

begründende Wirtschaftseinheit (vgl. BGH, Ur. v. 28.1.2000, VZR 252/98, BGH, Ur. v. 25.10.2002, NJW 2003, 1325).³ Auch Einzelrechte können ausnahmsweise den Versorgungszweck erfüllen, wenn sich aus den Umständen eine zusätzliche soziale Motivation ergibt (z. B. Wohnrecht).

(2) – (4) ...

Zu § 94 SGB XII Übergang von Ansprüchen gegen einen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen

94.34

(1) ...

(2) ¹Bei Feststellung, ob und inwieweit der nicht gesteigert unterhaltspflichtigen Person der Einsatz von Vermögen sozialhilferechtlich zuzumuten ist, ist von der Lage des Einzelfalles (insbesondere den bisherigen Einkommens- und sonstigen Lebensverhältnissen der unterhaltspflichtigen Person, der Art des Vermögens sowie der Art der Notlage der LP) auszugehen (BGH, Ur. v. 23.10.1985, FamRZ 1986, 48).
²Die Verpflichtung zum Vermögenseinsatz kann ~~ist~~ auch beim Elternunterhalt gegeben sein (BGH, Ur. v. 23.10.2002, FamRZ 2002, 1698). ~~Beim kleinen Barbetrag nach § 90 Abs. 2 Nr. 9 ist es grundsätzlich gerechtfertigt, der unterhaltspflichtigen Person entsprechend ihren Lebensverhältnissen den zwanzigfachen Betrag nach der entsprechenden Verordnung freizulassen.~~ ⁴Sofern bereits ein Vermögen nach § 90 Abs. 2 Nr. 8 freigelassen wurde, reduziert sich dieser Betrag auf das Zehnfache. ⁵Vom errechneten Vermögenseinsatz sind nur 50 Prozent in Anspruch zu nehmen. ⁶Beim Elternunterhalt können sich einzelfallbezogen höhere Freibeträge ergeben (OLG München, Ur. v. 11.5.2004, FamRZ 2005, 299). ³Dabei ist aber ein angemessener Freibetrag für die zusätzliche Altersvorsorge zu berücksichtigen (BGH, Ur. v. 30.8.2006, Az.: XII ZR 98/04). ⁴Der BGH rechnet dabei Einzelfall bezogen wie folgt: 5% vom derzeitigen monatlichen Bruttoeinkommen mal 12 Monate mal bisherige Berufsjahre plus Rendite hier 4%. ⁵Zusätzlich können weitere Beträge für notwendige Anschaffungen (z.B. PKW-Kauf, Einrichtungsgegenstände, Gebäudeinstandsetzungen) frei gelassen werden. ⁶Darüber hinaus ist ein weiteres geringes Schonvermögen (Notgroschen) für sonstige Unwägbarkeiten des täglichen Lebens zu belassen. ⁷Verfügt die unterhaltspflichtige Person über Immobilieneigentum kann dessen Wert eine angemessene zusätzlichen Altersvorsorge darstellen.

(3) ...

94.59

¹Auch beim Elternunterhalt kann sich eine Leistungspflicht aus dem Vermögen der unterhaltspflichtigen Person ergeben (BGH, Ur. v. 23.10.2002, FamRZ 2002, 1698).
²Im weiteren wird auf die Nrn. 94.32 bis 94.4334 verwiesen.

94.61

...
a) – m) ...

n) BGH, Ur. v. 30.8.2006, FamRZ 2006, 1511
- Vermögenseinsatz und angemessener Freibetrag für die Altersvorsorge

102.08
Der Kostenersatzanspruch ist durch Leistungsbescheid (Verwaltungsakt gem. §§ 31 ff. SGB X; Art. 19 Abs. 1 S. 1 GG i. V. m. Art. 23 VwZVG) von dem SHTr, der die Sozialhilfe gewährt hat, geltend zu machen.